

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Roadmap für Wahlen

Am 15. Juli hat die Wahlkommission eine Roadmap vorgelegt, wie bis Dezember 2008 glaubhafte Parlamentswahlen durchgeführt werden können. Die Wahlen, die bereits im letzten Januar abgehalten werden sollten, wurden nach Protesten der Opposition und der Ausrufung des Notstandes verschoben. Der Plan sieht nun unter anderem vor, dass die politischen Parteien in einen Dialog treten, um die nötigen Reformen des Wahlprozesses konstruktiv zu diskutieren. Im Weiteren sollen bis Februar 2008 rechtliche und institutionelle Reformen, beispielsweise der Gesetze zur Parlamentswahl, abgeschlossen sein. Parteien können sich, so der Plan, bis Juni 2008 registrieren lassen. Bis Oktober nächsten Jahres soll dann die überarbeitete Wählerliste vorliegen. Der Chef der Übergangsregierung, Fakhrudin Ahmed, betonte immer wieder, dass die Wahlen auf jeden Fall im Dezember 2008 abgehalten werden.

Sheikh Hasina und Khaleda Zia verhaftet

Die Vorsitzenden der beiden größten Parteien des Landes, Sheikh Hasina (*Bangladesh Awami League*, BAL) und Khaleda Zia (*Bangladesh Nationalist Party*, BNP), sind im Zuge der Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch durch die Übergangsregierung verhaftet worden. Die Kommission zur Bekämpfung der Korruption hat auch die Verhaftung vieler anderer ehemaliger Minister und deren Familienangehörigen veranlasst. Am 16. Juli 2007 haben Mitglieder der Joint Forces die ehemalige Premierministerin der BAL-Regierung Sheikh Hasina in ihrem Haus in Dhanmondi festgenommen. Sie ist mehrfach wegen Erpressung angezeigt. Ihre Schwester Sheikh Rehana sowie ihr Cousin Sheikh Fazlul Karim sind ebenfalls angeklagt. Die Verhaftung Khaleda Zias, ehemalige Premierministerin zweier von der BNP geführten Regierungen, folgte am 3. September. Gegen sie läuft eine Anzeige wegen Bestechung. Ihre Rechtsanwältinnen versuchen Einspruch gegen die Vorwürfe, die im Rahmen der Notstandsgesetze gegen sie, ihren Sohn Arafat Rahman Koko und andere erhoben worden sind, einzulegen. Gegen ihren Sohn Tarique Rahman, dessen Frau und Schwiegermutter läuft ebenfalls ein Verfahren. Sowohl Sheikh Hasina als auch Khaleda Zia beteuern ihre Unschuld. Beide bezeichnen ihre Ver-

haftung als Komplott. Es ist nun nicht mehr sicher, ob beide Frauen an den kommenden Parlamentswahlen 2008 teilnehmen können. Eine Verurteilung würde den Ausschluss von der Kandidatur für das Premierministeramt bedeuten.

BNP gespalten

Bereits seit dem Frühjahr hat sich in der BNP eine Gruppe von Reformern um den damaligen Generalsekretär Abdul Mannan Bhuiyan gesammelt, die Vorschläge für mehr Demokratie innerhalb der Partei erarbeiten wollen. Nach der Verhaftung Khaleda Zias hat sich zwischen den Unterstützern Bhuiyans und Anhängern Zias eine tiefe Spaltung vollzogen. Noch am Tag ihrer Verhaftung hat Zia den Generalsekretär sowie seinen Stellvertreter Ashraf Hossein entlassen. Sie wirft beiden vor, die Partei zerstören zu wollen. Khaleda Zia ernannte Khandaker Delwar Hossain zum neuen Generalsekretär. Laut Parteiverfassung hat die Vorsitzende das Recht, Parteimitglieder und Amtsinhaber jederzeit zu entlassen. Bhuiyan und 130 andere hochrangige Parteimitglieder, darunter ehemalige Minister und Parlamentsabgeordnete, lehnen Zias Handeln als undemokratisch ab. Am 29. Oktober hat der Ständige Ausschuss der BNP den früheren Finanzminister M. Saifur Rahman zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und den von Zia eingesetzten Khandaker Delwar Hossain durch Major a.D. Hafizuddin Ahmed ersetzt. Khaleda Zia lehnt diese Entscheidung ab. Die Partei ist seitdem in ein Lager aus Unterstützern Zias und die Gruppe um Saifur gespalten. Die Wahlkommission hat Gespräche mit Letzterer aufgenommen. Diese Gruppe möchte auch als „BNP“ in den kommenden Kommunalwahlen antreten.

Verbot politischer Aktivitäten teilweise aufgehoben

Das seit 8. März verhängte Verbot aller politischen Aktivitäten der Parteien ist von der Übergangsregierung am 10. September teilweise aufgehoben worden. *In-door politics* wie Parteisitzungen sind nun wieder zugelassen. Jedoch dürfen sich die Politiker nur treffen, um die Reform ihrer eigenen Partei oder die Reformen des Wahlprozesses zu diskutieren. Die Polizei muss über jegliches politisches Treffen in-

formiert werden. Alle Aktivitäten sind auf die Stadt Dhaka beschränkt und dürfen von nicht mehr als 50 Teilnehmern besucht werden. Die Führungsspitzen der verschiedenen Parteien kehrten nach der Aufhebung des Verbots in ihre Zentralen zurück. Das Bürogebäude der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) wurde jedoch von der Polizei nicht freigegeben, da die Übergangsregierung befürchtet, die Anhänger der in sich gespaltenen Partei könnten sich Kämpfe um die Parteizentrale liefern. Alle politischen Aktivitäten außerhalb von Konferenzräumen und Parteizentralen sind nach wie vor verboten. Es gilt ein allgemeines Verbot für Demonstrationen, Blockaden und Streiks.

Unruhe an den Universitäten

Ausgelöst durch einen Zwischenfall auf dem Gelände der Universität von Dhaka zwischen Studenten und Soldaten des dortigen Armeecamps brachen am 20. August Unruhen auf dem Campus aus. Soldaten hatten während eines Fußballspiels einen Studenten verprügelt. Die Straßenschlachten zwischen Studenten und Angehörigen der *Joint Forces* weiteten sich rasch auf verschiedene Landesteile aus. Die Übergangsregierung verhängte eine Ausgangssperre und räumte die gesamte Universität von Dhaka. Die Studenten mussten ihre Wohnheime verlassen. Während der Unruhen wurden zahlreiche Studenten verletzt. Die aufgebrachte Studentenschaft zündete Busse und Privatautos an. Vier Professoren der Universität von Dhaka und sechs Professoren aus Rajshahi sind im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet worden. Der Ausgang der Prozesse steht noch aus. Ihnen wird vorgeworfen, den Aufruhr unterstützt und die Notstandsverordnungen der Übergangsregierung missachtet zu haben. Während der Unruhen hat die Übergangsregierung die Abschaltung des Mobilfunknetzes erreicht, um die Kommunikation der Studenten zu blockieren. Dieser Schritt sorgte in der Bevölkerung für Beunruhigung. In Folge der Schließung der Universitäten kommt es bei Examen zu einer Verzögerung von einem halben Jahr. Dieser „Session Jam“ ist für die ungewöhnlich lange Studiendauer in Bangladesch verantwortlich. Die Universitäten öffneten am 28. Oktober, zwei Monate nach den Unruhen, wieder ihre Türen.

Karikaturenstreit in Bangladesch

Der Zeichner Arifur Rahman, der bisher für *Aalpin*, eine Wochenzeitschrift der Tageszeitung *Prothom Alo*, gearbeitet hat, ist auf Grund von „Verletzung religiö-

öser Gefühle“ verhaftet und verurteilt worden. Er hatte Mitte September einen Comic für *Aalpin* gezeichnet, der einen Witz über die weit verbreitete Verwendung des Vornamen „Mohammed“ bei männlichen Muslimen macht. *Prothom Alo* hat sich für die Veröffentlichung der Zeichnung entschuldigt und Arifur sowie den zuständigen Redakteur sofort entlassen. Auch andere Medien verurteilten den Cartoon als „nicht akzeptabel“. Die Übergangsregierung hatte nach Beschwerden die Verhaftung des Zeichners veranlasst. Die betroffene Ausgabe von *Aalpin* wurde konfisziert. Der Magistrat der Stadtverwaltung von Dhaka veranlasste die zeitweise Einstellung der Zeitschrift. Nach mehrfachen Entschuldigungen seitens *Prothom Alo* rief Khatib Maulana Obaidul Haq, der höchste Geistliche der Nationalen Moschee, die Gläubigen dazu auf, Ruhe zu bewahren.

Preise für Lebensmittel schnellen in die Höhe

Seit Beginn des Jahres, besonders ab der zweiten Hälfte, sind die Preise für Lebensmittel in ganz Bangladesch stark angestiegen. Im Juli stiegen die Preise innerhalb eines Monats um 13 Prozent. Im Fastenmonat Ramadan von Mitte September bis Mitte Oktober verlangen die Händler traditionell nochmals mehr für ihre Ware. Für die unteren Einkommensklassen bedeuten die Preiserhöhungen eine Nahrungsmittelkrise. Viele Menschen müssen sich in ihren alltäglichen Essgewohnheiten einschränken. So ist besonders Gemüse für viele unbezahlbar teuer geworden. Die Preise für Gemüse und Obst haben sich in den letzten Monaten verdoppelt. So kosteten die meisten Gemüsesorten bisher pro Kilogramm weniger als 20 Taka, während sie nun mit rund 40 Taka zu Buche schlagen. Reis lag je nach Qualität zwischen 16 und 25 Taka und kostet derzeit bis zu knapp 40 Taka. Grüner Chili, der in fast allen Gerichten als Gewürz verwendet wird, ist tageweise nur für 100 bis 150 Taka pro Kilo erhältlich, während er noch bis vor kurzem für 40 Taka auf dem Markt war. Die Übergangsregierung versucht, die Preise unter Kontrolle zu halten, und führt Überprüfungen auf Märkten und Bazaren durch. Ende September hat die Polizei 16 Händler eines Gemüsemarktes verhaftet, die Auberginen für 40 statt den von der Händlervereinigung festgesetzten 18 Taka pro Kilo verkauft haben. Doch trotz Kontrollen der Sicherheitskräfte konnten die Preise bisher nicht stabilisiert werden. Bereits im Frühjahr hat die Regierung so genannte *Fair Price Shops* eingerichtet, in denen die arme Bevölkerung zu niedrigeren Preisen einkaufen kann. Die Preise für Lebensmittel sind in Bangladesch schon seit der letz-

ten BNP-geführten Regierung überdurchschnittlich schnell angestiegen. Nun werden neben der Flut auch andere Faktoren für den Preisanstieg verantwortlich gemacht: erhöhte Transportkosten, die Politik der Übergangsregierung und Kartelle der Großhändler und Nahrungsmittelimporteure.

Bangladeschische Gastarbeiter in Malaysia schlecht behandelt

Derzeit leben in Malaysia rund 200.000 bangladeschische Gastarbeiter, weitere 100.000 haben bereits Einreisegenehmigungen erhalten. Doch viele von ihnen führen in Malaysia ein Leben unter widrigen Umständen. Sie haben oft ihr gesamtes Ersparnis für Personalvermittler ausgegeben, die ihnen aber in Malaysia nicht die versprochene Stelle vermitteln. Tausend warten auf die Auszahlung ihrer Löhne. Dubiose Agenturen in beiden Ländern haben rund 220 Millionen Euro von 200.000 bangladeschischen Arbeitern unterschlagen, wie eine Studie einer malaysischen Menschenrechtsorganisation herausgefunden hat. Im September erließ die malaysische Regierung ein Gesetz, dem zu Folge ein neu eingetroffener bangladeschischer Gastarbeiter in ein Lager gebracht wird, wenn ihn sein Arbeitgeber aus Malaysia nicht binnen 24 Stunden am Flughafen abholt. Nach weiteren 72 Stunden werden Gastarbeiter zurück nach Bangladesch geschickt. 80 bangladeschische Arbeiter traten am 10. September auf dem Gelände ihrer Botschaft in Kuala Lumpur in einen Hungerstreik, da sie von ihrer Agentur seit sechs Monaten nicht bezahlt worden waren. Elf Rückkehrer verharren mehrere Tage auf dem Flughafen von Dhaka, um die Rückzahlung von rund 2.555 Euro zu erwirken, welche die Arbeitssuchenden den Vermittlern bezahlt hatten. Der malaysische Premierminister Abdullah Bin Haji Ahmad Badawi hat dem Chef der Übergangsregierung, Fakhrudin Ahmed, versprochen, sich um die Probleme der Gastarbeiter zu kümmern. Die ausstehenden Gehälter von rund 800 Arbeitern sollen bezahlt werden. Am 3.10. beschloss die malaysische Regierung, die Aufnahme weiterer Gastarbeiter aus Bangladesch zu stoppen.

Teilung von Exekutive und Judikative

Am 1. November trat die langersehnte Freiheit des Justizwesens in Kraft. Von nun an werden alle Ebenen im Gerichtssystem von Bangladesch dem Supreme Court und nicht mehr der Exekutive unterstehen. Richterämter an unteren Gerichten werden in Zukunft nicht mehr von der regierenden Partei besetzt, sondern werden vom Obersten Gericht des Landes geführt.

Der Vorsitzende der Übergangsregierung, Fakhrudin Ahmed, hat als ersten Schritt das unabhängige Richteramt des Distrikts und der Stadt Dhaka eingeweiht. Rechtsanwälte werden den 1. November nun jedes Jahr als Tag der Trennung der Judikative von der Exekutiven begehen.

Partnerschaft Entwicklung Gerechtigkeit

NETZ
বাংলাদেশ

Die Zeitschrift zu Bangladesch

NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ

Moritz-Hensoldt-Str. 20

35576 Wetzlar

zeitschrift@bangladesch.org